

## NIEDERSCHRIFT Rat/036/2009

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 30.06.2009 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Jochen Dübbelde  
Herr Bernhard Faltmann  
Herr Günther Fehmer  
Herr Florian Heuermann  
Herr Ludger Kleideiter  
Herr Bernhard Kortmann  
Herr Willi Krause ab Verlauf zu TOP 7. ö. S.  
Herr Dr. Wolfgang Meyring  
Frau Brigitte Mollenhauer  
Herr Franz-Josef Schulze Thier  
Frau Birgit Schulze Wierling ab TOP 3. ö. S.  
Herr Werner Wiesmann  
Herr Franz Becks  
Herr Jürgen Brunn  
Herr Hans-Jürgen Dittrich  
Herr Michael Fliß  
Herr André Heßling  
Frau Margarete Köhler  
Frau Gabriele Mönning  
Herr Hans-Joachim Spengler  
Herr Thomas Tauber  
Herr Ulrich Schlieker

Entschuldigt fehlen:

Herr Thomas Hagemann  
Herr Karl-Heinz Ueding  
Herr Martin Pfeiffer  
Herr Simon Drovs

Von der Verwaltung:

Herr Jürgen Erfmann  
Herr Peter Melzner  
Herr Hubertus Messing  
Herr Gerd Mollenhauer  
Frau Birgit Freickmann Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

## TAGESORDNUNG

### I. Öffentliche Sitzung

#### 1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Messing berichtet über die Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

#### 2. Prüfung der Jahresrechnung 2008

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses an und fasst folgenden

**Beschluss:**

Aufgrund des § 94 GO NRW a. F. beschließt der Rat die vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresrechnung 2008.

**Stimmabgabe:** einstimmig

Frau Dirks übergibt den Vorsitz an den stellv. Bürgermeister Herrn Faltsmann.

Herr Faltsmann stellt dann den zweiten Punkt des Beschlussvorschlages des Rechnungsprüfungsausschusses zur Abstimmung. Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Ratsmitglieder erteilen der Bürgermeisterin vorbehaltlos Entlastung.

**Stimmabgabe:** einstimmig

#### 3. Fortschreibung des bestehenden Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Billerbeck

Herr Heuermann führt an, dass im Brandschutzbedarfsplan zu lesen sei, dass Feuerwehrleute bei der Verwaltung bevorzugt eingestellt werden sollen, um sicherzustellen, dass im Einsatzfall ausreichend Feuerwehrleute vor Ort sind. Er habe bereits früher darum gebeten, diesen Hinweis in die Stellenausschreibungen der Stadt mit aufzunehmen. Das sei seinerzeit mit dem Hinweis auf den Gleichbehandlungsgrundsatz verneint worden.

Herr Messing bekräftigt, dass nach wie vor keine Bevorzugung bestimm-

ter Personen wegen des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes erfolgen dürfe. Außerdem müsste für den öffentlichen Dienst der Grundsatz des Artikels 33 des Grundgesetzes, das Prinzip der Bestenauslese, beachtet werden.

Herr Heuermann fragt weiter nach, ob geplant sei, den Zuschuss der Stadt zu den LKW-Führerscheinen der Feuerwehrleute zu erhöhen. Herr Messing teilt mit, dass eine kreisweit einheitliche Regelung angestrebt werde und voraussichtlich mit einer Erhöhung zu rechnen sei.

**Beschluss:**

Die Fortschreibung des bestehenden Brandschutzbedarfsplanes wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**4. Konjunkturpaket II**

Herr Schlieker bittet darum, wie im HFA, auch hier getrennt über die einzelnen Maßnahmen abzustimmen. Er betont, dass er sich freue, dass es an der Realschule vorangehe, kritisiere aber noch einmal scharf, dass 180.000,-- € für die Erneuerung von Wirtschaftswegen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Herr Dittrich regt ebenfalls eine getrennte Abstimmung an. Im Übrigen werde auch die SPD-Fraktion der Erneuerung von Wirtschaftswegen nicht zustimmen. Er sei enttäuscht darüber, dass seitens der CDU-Fraktion keine Mittel aus dem Konjunkturpaket für die Installation eines Aufzuges im Rathaus zu Gunsten der Menschen mit Behinderung, älterer Menschen und Eltern mit Kinderwagen mitgetragen wurde.

Herr Fehmer unterstreicht, dass die CDU-Fraktion die Prioritäten beim Einsatz der Mittel aus dem Konjunkturpaket anders sehe. Mittel für den Aufzug im Rathaus seien aber im Haushaltsplan eingestellt worden, daran wolle er auch nichts ändern.

Frau Mönning schließt sich der Auffassung des Herrn Schlieker an, dass ein Aufzug wohl nur mit den Mitteln des Konjunkturpaketes verwirklicht werden kann. Alles andere sei Augenwischerei. Sie sehe die Chance veran, richtungsweisend für die Stadt zum Wohle der Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen etwas zu tun. Die Wirtschaftswege hätten auch aus einem anderen Topf erneuert werden können. Sie bedaure die Mehrheitsentscheidung und werde diesem Punkt nicht zustimmen.

**Beschluss:**

1. Für die Fassaden- und Dachsanierung der Realschulaula werden 240.000,-- € zur Verfügung gestellt.

**Stimmabgabe:** einstimmig

2. Für die Erneuerung der Wirtschaftswege werden 180.000,-- € zur Ver-

fügung gestellt.

**Stimmabgabe:** 11 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

3. Für das Lehrschwimmbecken in der Johannisschule werden als Einstieg für eine Erneuerung 100.000,-- € zur Verfügung gestellt.

**Stimmabgabe:** einstimmig

4. Für die Optimierung des DSL-Netzes in Billerbeck werden 50.000,-- € aus Mitteln des Konjunkturpaketes bereit gestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bedarfserhebung durchzuführen. Falls diese ergibt, dass kein Bedarf vorhanden ist oder der Betrag nicht komplett für eine Optimierung benötigt wird, werden die Mittel für die Sanierung der Realschulturnhalle zur Verfügung gestellt.

**Stimmabgabe:** einstimmig

5. Die nach Berücksichtigung der beschlossenen Investitionen noch zur Verfügung stehenden Mittel werden für die Sanierung der Realschulturnhalle verwandt.

**Stimmabgabe:** einstimmig

Herr Fliß weist darauf hin, dass in der Presse immer wieder zu lesen sei, dass die Verwaltungen zu langsam arbeiteten und die Mittel aus dem Konjunkturpaket nicht schnell genug ausgegeben würden. Das treffe für Billerbeck nicht zu. Hier sei das Geld zügig auf den Weg gebracht worden. Darauf sollte deutlich öffentlich hingewiesen werden.

Herr Erfmann teilt mit, dass bereits am Donnerstag, dem ersten Ferientag, Baubeginn sei.

Frau Dirks sagt zu, den Hinweis von Herrn Fliß aufzugreifen.

5. **35. Änderung des Flächennutzungsplanes**  
**hier: Vorstellung des landschaftsökologischen Fachbeitrags zur Ausweisung von Konzentrationszonen für Windkraftanlagen**  
 Herr Wiesmann erklärt sich für befangen. Er nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Schlieker erklärt, dass er dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses nicht zustimmen werde. In den letzten Jahren sei es nicht darum gegangen, Windenergie zu ermöglichen, sondern darum, Windenergie zu verhindern.

Zur Aussage des Herrn Fehmer in der letzten Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung, dass die Grünen auch 2002 an der Entscheidung beteiligt waren, stelle er richtig, dass Herr Lemke aufgrund eines Parteiausschlussverfahrens zu dem Zeitpunkt nicht Mitglied der Grünen gewe-

sen sei. Es habe auch kein Kontakt und damit kein Einfluss auf Herrn Lemke bestanden.

Die ebenfalls in dieser Sitzung von Herrn Fliß getätigte Aussage, dass er zwar für die Nutzung regenerativer Energien sei, aber er sich in Billerbeck nicht ähnliche Zustände wie in Schöppingen wünsche, halte er für unerträglich. Das sei typisch für die SPD-Landespolitik, in dem sie den Bürgern im Rheinland den Boden unter den Füßen weggrabe, um Braunkohle abzubauen. Er wolle gerne ein neues Windfeld ausweisen, sehe hierfür aber in der jetzigen Zusammensetzung des Rates keine Möglichkeit. Er persönlich halte die Ausweisung eines Windfeldes im Bereich Osthellermark für falsch und werde dem nicht zustimmen. Nach seiner Meinung gebe es aber an anderer Stelle Möglichkeiten für die Ausweisung eines Windfeldes.

Herr Becks hält Herrn Schlieker entgegen, dass die SPD hier keine Landespolitik, sondern Politik für die Stadt Billerbeck betreibe. Er weise den Vorwurf, Windenergie verhindern zu wollen, entschieden zurück. Mit dem Ergebnis des Gutachtens müsse man sich auseinander setzen. Das Verfahren werde sachlich und in Ruhe durchgeführt.

Herr Dittrich betont, dass die SPD nicht gegen regenerative Energien sei. Es habe sich aber gezeigt, dass gerade die Windenergie die meisten negativen Folgen für die Bevölkerung hervorrufe. Der Vortrag der Gutachterin habe die Problematik deutlich gemacht.

Frau Mönning erklärt, dass sie persönlich dafür sei, die Windenergie im hiesigen Raum zu beschränken. Mit den Bürgern seien intensive Diskussionen geführt worden, dabei hätten sie sich auch manch schmerzliche Angriffe anhören müssen. Schließlich sei es zu einem gemeinsamen Kompromiss gekommen. Im Übrigen hätten sich die Grünen den damaligen Diskussionen nicht gestellt.

Herr Schlieker stellt in einem Punkt Einigkeit fest, dass nämlich in Osthellermark die Nutzung der Windenergie beschränkt werden sollte. Die Lage sei städtebaulich eine Katastrophe. Er plädiere für ein größeres Windfeld an anderer Stelle und sehe durchaus Möglichkeiten. Eine Flächenkommune wie Billerbeck werde ihrer Gesamtverantwortung nicht gerecht, wenn sie die Nutzung von Windenergie verhindere.

Herr Fliß unterstreicht, dass er nach wie vor zur SPD stehe, aber dennoch nicht allem blind folge. Er erlaube sich zu differenzieren und eine eigene Meinung zu vertreten. Er sehe sich nicht als Verhinderer der Windenergienutzung. Man habe sich die Entscheidung damals nicht leicht gemacht und lange überlegt, wie Windenergie für Billerbeck verträglich umgesetzt werden kann.

Herr Fehmer stellt heraus, dass man sich damals wie heute sehr viel Mühe gegeben habe. Dabei habe man es geschafft, die Interessen aller Beteiligten abzugleichen. Auch weil auf angrenzendem Nottulner Gebiet eine Vorlast bestanden habe, sei man auf das Windfeld Osthellermark gekommen. Wenn vom Gericht der Flächennutzungsplan nicht gekippt wor-

den wäre, hätte man das Thema nicht wieder angefasst. Sich jetzt mit einem anderen Windfeld zu beschäftigen, halte er nicht für konsequent.

Herr Kortmann stellt den Antrag auf Abstimmung.

**Beschluss:**

Zur Durchführung der 35. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung eines Windeignungsbereiches in der Bauernschaft Osthellermark wird eine frühzeitige Bürgeranhörung nach § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

**Stimmabgabe:** 19 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung

**6. 1. Änderung des Bebauungsplanes "Freizeit- und Erholungsschwerpunkt Weißenburg"**

**hier: Ergebnisse der Offenlage und der Beteiligung Träger öffentlicher Belange**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

**Beschluss:**

1. Gem. § 8 Abs. 2 BauGB wird festgestellt, dass die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Freizeit- und Erholungsschwerpunkt Weißenburg“ aus dem Flächennutzungsplan entwickelt worden ist.
2. Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie der §§ 7 und 41 GO NRW unter Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Freizeit- und Erholungsschwerpunkt Weißenburg“ nach § 1 Abs. 7 BauGB als Satzung. Diese besteht aus der Planzeichnung, dem Text und der Begründung hierzu.
3. Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist ortsüblich bekannt zu machen, dass die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Freizeit- und Erholungsschwerpunkt Weißenburg“ beschlossen worden ist.

Rechtsgrundlagen sind:

- Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung vom 23. September 2004 (BGB1 I S. 2141) in der zur Zeit geltenden Fassung
- Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023) in der zur Zeit geltenden Fassung
- Die Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 1. März 2000 (GV NRW S. 256/SGV NRW 232) in der zurzeit geltenden Fassung

**Stimmabgabe:** 21 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

**7. Attraktivierung des ÖPNV in der Stadt Billerbeck**

Herr Mollenhauer teilt Bezug nehmend auf die Nachfrage in der Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung mit, dass eine Förderung auch gewährt werde, wenn am Busbahnhof das vorhandene Wartehäuschen bestehen bliebe. Auch an der Coesfelder Straße müsste das Wartehäuschen nicht als Voraussetzung für eine Förderung erneuert werden. Ver-

waltungsseitig werde vorgeschlagen, das Konzept in der reduzierten Form umzusetzen.

Herr Becks erinnert an die Beantwortung seiner Nachfrage zur Frequenzierung der Haltestelle Nottulner Straße.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass die Einstiege nicht erfasst würden. Herr Messing ergänzt, dass es sich nicht um eine Schwerpunkthaltestelle wie z. B. am Busbahnhof handle. Die Haltestelle werde von der Taxibuslinie T 67 und der Linie 563 Billerbeck – Havixbeck bedient, zum Einzugsgebiet gehöre auch das neue Baugebiet an der Nottulner Straße. Wenn kein Bedarf bestehen würde, wäre die Haltestelle längst aufgehoben worden.

Herr Mollenhauer geht davon aus, dass Billerbeck in absehbarer Zeit von Niederflurbussen bedient werde. Wenn alle Bushaltestellen gleichzeitig mit einem Buscup ausgestattet würden, wäre das ein Riesenaufwand. Er habe mit der Bewilligungsbehörde geklärt, dass abweichend von den Regelungen im Ruhrgebiet im Münsterland nicht zwingend die gleichzeitige Erneuerung des Wartehäuschens gefordert werde. Deshalb werde vorgeschlagen, in den nächsten Jahren im Rahmen eines Gesamtkonzeptes auch die anderen Haltestellen mit Buscups auszustatten.

Herr Fehmer wirft ein, dass das eine nichts mit dem anderen zu tun habe. Er halte den Einwand des Herrn Becks für nachvollziehbar und schlage vor, an der Nottulner Straße zwar ein Buscup anzulegen, aber kein Wartehäuschen zu installieren, falls sich herausstellt, dass die Haltestelle nur gering frequentiert wird. Die so eingesparten Mittel könnten dann für die Angleichung aller Haltestellen zur Verfügung gestellt werden.

Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderanträge für die Umgestaltung von 4 Haltestellen zu stellen und die Maßnahmen sobald als möglich auszuschreiben.

Die Haltestelle an der Nottulner Straße ist ohne Buswartehäuschen auszustatten, falls sich herausstellt, dass die Haltestelle nicht entsprechend frequentiert wird. Am Busbahnhof soll ebenfalls kein neues Wartehäuschen aufgestellt werden. In den nächsten Jahren sollen alle dauerhaft bestehen bleibenden Haltestellen im Hinblick auf den Einsatz von Niederflurbussen mit einem Buscup ausgestattet werden.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**8. Benennung der Vertreter der Stadt in der Münsterland Infrastruktur Verwaltungsgesellschaft mbH, der Münsterland Infrastruktur Holding GmbH & Co. KG und die Münsterland Netzgesellschaft mbH & Co. KG**

Frau Dirks bietet an, dass als ihr Vertreter in der Gesellschafterversammlung

lung der Münsterland Infrastruktur Verwaltungsgesellschaft mbH auch ein Ratsmitglied bestimmt werden könnte, ansonsten wäre ihr Stellvertreter im Amt, Herr Mollenhauer, ihr Vertreter.

Die Fraktionen sprechen sich für Herrn Mollenhauer als Vertreter aus.

Herr Fehmer schlägt in Absprache mit Herrn Dittrich vor, für die Münsterland Infrastruktur Holding GmbH & Co. KG ein Ratsmitglied der CDU und als dessen Vertreter ein Ratsmitglied der SPD zu benennen und für den Beirat der Münsterland Netzgesellschaft mbH & Co KG umgekehrt zu verfahren.

Herr Fehmer benennt für die Münsterland Infrastruktur Holding Herrn Florian Heuermann und als persönlichen Vertreter für den Beirat der Münsterland Netzgesellschaft mbH & Co KG sich selbst.

Herr Dittrich schlägt für beide Fälle Herrn Fliß vor.

**Beschluss:**

1. Als Vertreter der Gemeinde in der Gesellschafterversammlung der Münsterland Infrastruktur Verwaltungsgesellschaft mbH wird die Bürgermeisterin benannt.
2. Als Vertreter der Gemeinde in der Münsterland Infrastruktur Holding GmbH & Co. KG wird neben der Bürgermeisterin das Ratsmitglied Herr Florian Heuermann benannt. Als persönlicher Vertreter wird Herr Fliß benannt.
3. Als Vertreter der Gemeinde im Beirat der Münsterland Netzgesellschaft mbH & Co. KG wird neben der Bürgermeisterin das Ratsmitglied Herr Fliß benannt. Als persönlicher Vertreter wird Herr Fehmer benannt.

**Stimmabgabe:** 22 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

**9. Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 10. Juni 2009  
hier: Entwicklungsperspektiven "Billerbeck 2020"**

Herr Schlieker stellt heraus, dass es sich um einen Perspektivantrag handele. Ihm sei klar, dass das umfangreiche Programm nicht in ein oder zwei Legislaturperioden umgesetzt werden könne. Auch würden sich im Laufe der Diskussionen zwangsläufig Änderungen ergeben. Er wolle mit dem Konzept die Diskussion anstoßen und schlage eine Verweisung in den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vor.

Herr Fehmer weist darauf hin, dass es bereits eine ähnlich umfangreiche Vorlage seitens der Grünen gegeben habe. Es handele sich nicht um einen einzelnen Fraktionsantrag, sondern um das Wahlprogramm einer Partei, das hier nicht hin gehöre. Herr Schlieker hätte eindeutige Anträge formulieren sollen.

Frau Dirks verweist auf die letzte Seite des Antrages, auf der zwei dezi-

dierte Anträge formuliert seien.

Herr Dittrich schlägt vor, den Antrag in den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss zu verweisen, um diesen in Ruhe und im Detail zu besprechen.

**Beschluss:**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Juni 2009 wird an den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss verwiesen.

**Stimmabgabe:** 22 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

- 10. Antrag der SPD-Fraktion vom 21. Juni 2009**  
**hier: Anlegung einer Querungshilfe im Bereich der Lawi**  
 Herr Dittrich begründet den SPD-Antrag.

Herr Fehmer erinnert sich, dass im Rahmen der Verkehrsschau genau diese Problematik thematisiert wurde. Der Straßenbaulastträger habe damals den Argumenten der Stadt Billerbeck nicht folgen können.

Frau Dirks weist darauf hin, dass der Antrag in den Fachausschuss verwiesen werden könnte oder aber auch die Verwaltung direkt zur Klärung mit dem Straßenbaulastträger beauftragt werden könnte. Es sei ohnehin geplant, einen Termin mit dem Leiter zu vereinbaren.

Nach kurzer Erörterung fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, sich beim Straßenbaulastträger für den Bau einer Querungshilfe an der Alten Landwirtschaftsschule einzusetzen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

- 11. Antrag der SPD-Fraktion vom 21. Juni 2009**  
**hier: Beleuchtung des Geh- und Radweges an der K 13**  
 Herr Spengler begründet den Fraktionsantrag und weist zur Klarstellung darauf hin, dass es um die Beleuchtung des Teilstückes zwischen der Lindenstraße/Daruper Straße bis zur Münsterstraße gehe.

Nach kurzer Erörterung, in der Herr Heuermann darauf hinweist, dass es sich um die K 30 und nicht um die K 13 handele, fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 21. Juni 2009 wird an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

## 12. Mitteilungen

### 12.1. Bewilligte Mittel aus dem Investitionspaket - Frau Dirks

Frau Dirks bringt zum Ausdruck, dass sie sich sehr darüber freue, dass der Stadt Billerbeck aus dem Investitionspaket 1,7 Mio € für die energetische Sanierung der Hauptschule zur Verfügung gestellt werden. Man habe überzeugen können mit einem innovativen und zudem für junge Leute lehrreichen Konzept. Sicherlich hätten sich alle Fraktionen für eine Mittelbewilligung. So habe sie u. a. die Landtagsabgeordneten eingeschaltet. Befremdet habe sie allerdings, dass die positive Nachricht von den Landtagsabgeordneten zunächst ausschließlich an die CDU-Fraktion gegangen sei und in einem Presseartikel der Eindruck entstanden sei, dass der Bürgermeisterkandidat der CDU allein für diesen Erfolg gesorgt habe. Auch wenn man sich im Wahlkampf befinde, halte sie es nicht für fair, mit solchen Mitteln vorzugehen und sich mit fremden Federn zu schmücken. Das sei bei aller Freude ein kleiner Wermutstropfen. Jetzt müsse der Antrag verfeinert und die Planungsaufträge vergeben werden.

Herr Dittrich schließt sich der Auffassung der Bürgermeisterin an. Auch er freue sich sehr, dass 1,7 Mio € für die Hauptschule bewilligt wurden und habe mit Erstaunen gelesen, dass der Bürgermeisterkandidat der CDU hierfür gesorgt habe. Diese Informationspolitik sei nicht in Ordnung.

Herr Fehmer weist darauf hin, dass die CDU lediglich ihre parteipolitischen Möglichkeiten bei der Landesregierung genutzt habe. Das sei ganz normal und legitim. Wer die Möglichkeit habe und sie nicht nutze, handle fahrlässig.

Herr Mollenhauer erläutert, dass vor Erteilung des Bewilligungsbescheides eine sehr konkrete Beschreibung und Kostenberechnung der Maßnahmen vorgelegt werden müsse. Um an diese Daten zu kommen, müssten die Planungsaufträge zügig auf den Weg gebracht werden. Vorab müssten Honorarangebote von Ing.-Büros eingeholt werden. Der Honorarauftrag würde dann im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung vergeben. Die Maßnahmen sollen voraussichtlich zwischen den Oster- und Sommerferien des nächsten Jahres umgesetzt werden.

Herr Fliß hält es für wichtig, der Bevölkerung zu vermitteln, dass die Mittelbewilligung aus dem Investitionspaket nichts mit dem Konjunkturpaket zu tun habe, sondern zusätzlich erfolge.

Herr Mollenhauer hält es für sinnvoll, dies in einem Pressetermin klar zu stellen und dabei deutlich zu machen, dass mit den Mitteln aus dem Investitionspaket innovative Maßnahmen, die über das Normale hinausgehen, umgesetzt werden.

Frau Dirks ergänzt, dass Billerbeck berücksichtigt wurde, weil das Kon-

zept so innovativ sei, dass es mit 55% über einem Neubau liege.

### **12.2. Radweg entlang der Coesfelder Straße (außerorts) - Herr Mollenhauer**

Herr Mollenhauer teilt zum Hinweis auf Schäden am Radweg entlang der Coesfelder Straße mit, dass der Landesbetrieb mitgeteilt habe, dass der Radweg nicht komplett instand gesetzt, sondern die Schäden nur punktuell ausgebessert werden. Die Schäden würden verursacht durch unter dem Weg liegende Betonplatten, die sich bewegten.

### **12.3. Wirtschaftswege in Westhellen - Herr Mollenhauer**

Herr Mollenhauer bezieht sich auf eine Nachfrage von Herrn Ditrach und teilt mit, dass beim damaligen Ausbau der Wirtschaftswege von anderen Fahrzeugbewegungen ausgegangen wurde als das heute der Fall sei. Heute würden die Wege durch größere Gerätschaften der Landwirte und gewerbliche Tierhaltungsanlagen sicherlich stärker in Anspruch genommen. Aus Sicht der Verwaltung müsse dieser Verkehr und die daraus entstehenden Schäden hingenommen werden. Wenn eine Tonnagen-Beschränkung verhängt würde, wäre auch der normale landwirtschaftliche Verkehr nicht mehr möglich.

Wenn Gewerbetreibende oder Landwirte allerdings besondere Maßnahmen für ein Großprojekt benötigten, hätten sie das auch zu finanzieren, so Frau Dirks. Die Stadt sei nicht verpflichtet, hier nachzubessern.

Herr Ditrach kann den Ausführungen mit dem Hinweis auf das Verursacherprinzip nicht zustimmen.

Frau Mönning merkt an, dass die zusätzliche Belastung nichts mit der Größe der landwirtschaftlichen Gerätschaften zu tun habe, sondern auf die Zunahme und Bewilligung von großen Tierhaltungsanlagen zurück zu führen sei.

Frau Dirks weist darauf hin, dass auf der Informationsveranstaltung der GVV-Kommunalversicherung VVag in Coesfeld, die von der Sozietät Dr. Eick und Partner, Hamm, am 18. Juni 2009 durchgeführt wurde, ganz klar die Aussage getroffen worden sei, dass privilegierte Anlagen, zu denen auch die gewerblichen Anlagen gehören, lediglich über eine „ausreichende“ Erschließung verfügen müssen. Dies sei bei vorhandenen ausgebauten Wirtschaftswegen der Fall. Mit der Argumentation, die Erschließung sei nicht gesichert, könne nur rechtssicher argumentiert werden, wenn lediglich ein unbefestigter Weg vorhanden sei.

Herr Ditrach bittet um Angabe der Fundstelle: Skript zur Informationsveranstaltung „Baurechtliche Massentierhaltung unter besonderer Berücksichtigung der Geflügelmast“ am 18.06.2009 im Kreishaus Coesfeld, Seite 31.

#### **12.4. Radweg entlang der L 550 - Herr Mollenhauer**

Herr Mollenhauer teilt mit, dass am 24.06.09 eine Versammlung zur Anlegung des Bürgerradweges entlang der L 550 vom Nierfeldweg bis zur L 506 stattgefunden habe. In der sehr gut besuchten Versammlung sei das Prozedere abgestimmt worden. Bereits im August würden die Baumaßnahmen beginnen, wobei mit einem erheblichen Engagement der Anlieger gerechnet werden könne.

### **13. Anfragen**

#### **13.1. Radweg entlang der L 550 - Herr Fehmer**

Herr Fehmer führt aus, dass es Bestrebungen gebe, den Radweg entlang der L 550 möglicherweise in Richtung Holthausen weiter zu führen. In Holthausen sei man dabei, eine entsprechende Initiative ins Leben zu rufen. Die grundsätzliche Bereitschaft der Grundstückseigentümer sei auf Billerbecker Seite vorhanden. Er fragt nach, ob diese Fortführung in Abstimmung zwischen der Verwaltung und dem Landesbetrieb umgesetzt werden kann, oder ob evtl. eine Förderung verloren gehe, wenn kein offizieller Antrag gestellt wird. Ihm sei sehr an einer Weiterführung in Richtung Holthausen gelegen.

Frau Dirks teilt mit, dass sie mit der Ortsvorsteherin in Holthausen bereits gesprochen habe. Nach der Versammlung sei man so verblieben, dass diejenigen, die die Initiative organisieren, die anderen Anlieger einbinden und die grundsätzliche Bereitschaft abfragen wollen. Die Bürger wollen sehr kurzfristig einen gesonderten Antrag einbringen und an Billerbeck weiterreichen. Es werde davon ausgegangen, dass aufgrund der Konjunkturkrise einiges in diesem Bereich bewegt werden kann.

#### **13.2. Ampelanlage Osterwicker Straße - Herr Becks**

Herr Becks weist darauf hin, dass die Grünphase für Fußgänger, Radfahrer und Rollstuhlfahrer viel zu kurz ist. Er bitte die Verwaltung zu prüfen, ob die Ampelsteuerung anders geschaltet werden könne.

Frau Dirks sagt zu, die Anfrage an den Straßenbaulastträger weiter zu leiten.

#### **13.3. Sachstand zum Amokschutz an Schulen - Herr Dittrich**

Von Herrn Dittrich nach dem Sachstand befragt, teilt Herr Messing mit, dass für die Hauptschule festgelegt wurde, dass bis nach den Ferien die komplette Auszeichnung der Räume erfolgt. Im Übrigen werde bzgl. der gesamten Maßnahme die kreisweite Abstimmung abgewartet, um zu sehen, welche der vorgesehenen Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Die Realschule führe ebenfalls die Nummerierung der Räume durch. Entsprechende Pläne seien den Schulen zur Verfügung gestellt worden. Ein Notfallordner existiere ebenfalls. Für die Grundschule seien im Haushaltsplan bekanntlich Mittel für eine ELA-Anlage eingestellt worden. Aber auch hier solle die kreiseinheitliche Abstimmung abgewartet werden.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Dittrich, wann die kreisweite Abstimmung erfolgen soll, nennt Herr Messing den Herbst dieses Jahres.

#### **13.4. Ausstellen von Familienkarten für das Freibad - Herr Dittrich**

Herr Dittrich führt an, dass er von mehreren Seiten gehört habe, dass es aufgrund der Erkrankung einer Mitarbeiterin erhebliche Probleme mit dem Ausstellen und der Verlängerung von Saisonkarten für das Freibad gegeben habe. Das verstehe er nicht unter Bürgerservice. Das Ausstellen oder Verlängern von Karten dürfe doch nicht von einer Person abhängen.

Herr Messing erläutert, dass die zuständige Stelle im Bürgerbüro im Rahmen des Jobsharings besetzt und eine Mitarbeiterin seit einiger Zeit erkrankt sei. Es werde versucht, dies durch eine andere Mitarbeiterin und Auszubildende zu kompensieren. Das sei an einem Nachmittag aus verschiedenen Gründen nicht gelungen. Hinzu kam dass auf das entsprechende EDV-Programm nicht zugegriffen werden konnte. Die Verlängerung von Karten sei möglich gewesen, das Ausstellen neuer Karten aber nicht.

Herr Dittrich merkt an, dass eine bürgerfreundliche Lösung hätte gefunden werden müssen.

#### **13.5. Rauchen in der Realschulturnhalle - Herr Dittrich**

Ein Bürger habe ihn darauf aufmerksam gemacht, so Herr Dittrich, dass ein leitender Mitarbeiter des Fachbereichs Zentrale Dienste sowohl in der Realschulturnhalle als auch im Umkleidebereich geraucht haben soll. Im Hinblick auf die Vorbildfunktion könne das nicht toleriert werden. Herr Dittrich bittet die Bürgermeisterin ihre Aufsichtspflicht wahr zu nehmen. Das sagt Frau Dirks zu.

#### **13.6. Eingangsbestätigung von Fraktionsanträgen - Herr Dittrich**

Herr Dittrich hält es für überflüssig Fraktionsanträge zu bestätigen, wenn

am gleichen Tag die Einladung auf der die Anträge stünden, versandt werden. Außerdem seien die Bestätigung und die Sitzungseinladung mit getrennter Post verschickt worden. Er bitte darum, künftig wirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen.

Frau Dirks sagt zu, die Abläufe zu überprüfen und den Hinweis zu beachten.

**13.7. Spendenaufruf bei der Anliegerversammlung bzgl. des Radweges an der L 550 - Herr Fehmer**

Herr Fehmer weist darauf hin, dass ein Hinweis der Bürgermeisterin, sich über Spenden Gedanken zu machen, nach der Versammlung zu Irritationen geführt habe. Einige Anwesende hätten im Nachhinein moniert, dass sie doch bereits Flächen abgaben und jetzt auch noch spenden sollten.

Frau Dirks stellt richtig, dass sie das als Beispiel gemeint habe. Beim Radweg in Hamern hätten sich die Bürger eingesetzt und Spenden akquiriert. Sie habe die Irritationen im persönlichen Gespräch anschließend ausgeräumt.

**13.8. Radwegebrücke im Bereich Janning auf der Beerlage - Herr Fehmer**

Herr Fehmer weist darauf hin, dass die Radwegebrücke bei Janning über die Steinfurter Aa sehr marode sei. Er bitte um zeitnahe Überprüfung und Umsetzung der notwendigen Maßnahmen.

Frau Dirks sagt das zu.

**13.9. Schülerbeförderung nach Havixbeck - Frau Köhler**

Frau Köhler erkundigt sich, ob nach den Sommerferien eine schülerfreundlichere Lösung umgesetzt werde.

Herr Messing teilt mit, dass zurzeit in der Abrechnungsangelegenheit Verhandlungen mit der RVM geführt würden. Vor Abschluss dieser Verhandlungen werde man sich nicht weiter mit der Schülerbeförderung nach Havixbeck beschäftigen können.

**13.10. Stellenausschreibung Sozialarbeiter - Frau Köhler**

Frau Köhler erkundigt sich, ob die Stellenausschreibung für den/die Sozialarbeiter/in wie angekündigt am vergangenen Wochenende veröffentlicht worden sei.

Herr Messing teilt mit, dass aufgrund eines Fehlers bei der Zeitung die Stellenausschreibung irrtümlich nicht veröffentlicht wurde. Es sei aber erreicht worden, dass die Ausschreibung zu gleichen Konditionen am Mittwoch und am kommenden Samstag veröffentlicht wird.

**13.11. Hinweisschilder auf den Grillplatz an der Freilichtbühne - Herr Heßling**

Herr Heßling weist darauf hin, dass nach dem Entfernen des Grillplatzes auch die Hinweisschilder auf den Grillplatz entfernt werden müssten. Dies sei bereits auf den Weg gebracht worden, so Frau Dirks.

**13.12. Hinweisschilder am Jüdischen Friedhof - Frau Schulze Wierling**

Frau Schulze Wierling bittet um das Aufstellen von Hinweisschildern für Rollstuhlfahrer am Jüdischen Friedhof. Der Eingang für Rollstuhlfahrer sei wohl schwer zu finden.

Frau Dirks sagt Überprüfung zu.

**13.13. Parkende Busse an der Beerlager Straße - Frau Mollenhauer**

Frau Mollenhauer weist darauf hin, dass die Busse, die die Besucher der Freilichtbühne abholen, am vergangenen Donnerstag die Beerlager Straße von unten bis oben ohne Zwischenräume zugeparkt hätten. Beim Vorbeifahren sei ein Einscheren nicht möglich gewesen. Das sei gefährlich.

Frau Dirks merkt an, dass sie die Situation selber beobachtet und bereits mit dem Vorstand der Freilichtbühne verschiedene Lösungen besprochen habe. Hier werde Abhilfe geschaffen.

**13.14. Löcher in der Oberlau-Brücke - Herr Dittrich**

Herr Dittrich weist darauf hin, dass die Oberfläche der Oberlau-Brücke tlw. tiefe Löcher aufweise und außerdem das Geländer dringend einen Anstrich benötige.

Verwaltungsseitig wird Überprüfung zugesagt.

**13.15. Kein Telefon am Bahnhof - Herr Dübbelde**

Herr Dübbelde weist darauf hin, dass es am Bahnhof kein Telefon mehr gibt.

Herr Messing erläutert, dass das Clubtelefon wegen fehlender Umsätze entfernt wurde. Möglichkeiten zum Telefonieren gebe es beim IBP.

Frau Dirks hält das Vorhalten eines Telefons am Bahnhof für erforderlich und sagt Überprüfung zu.

Herr Fliß wirft ein, dass mit einer Investitionssumme von 350,-- € das

Problem gelöst werden könne.

**13.16. Wasserqualität im Freibad - Frau Mollenhauer**

Frau Mollenhauer weist darauf hin, dass die Wasserqualität im Freibad auch abends sehr gut sei. Das sei vor dem Umbau nicht der Fall gewesen.

**14. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck**

Es werden keine Fragen von Bürgern gestellt.

Marion Dirks  
Bürgermeisterin

Bernhard Faltmann  
stellv. Bürgermeister  
(zu TOP 2 ö. S.)

Birgit Freickmann  
Schriftführerin